

Helga Spindler
(Vortragsmanuskript)

23.11.2013

Armut als notwendiger Antrieb ?

Bezüge zwischen Armut- Niedriglohn- Mindestlohn und Regelsatz im aktivierenden Sozialstaat.

1.) Vorüberlegung

Aktueller Stellenwert von Armut. Arm und reich.

2.) Der Kampf um die Deutung der Armutsquote

16,1 % der Bevölkerung 2011 armutsgefährdet = unter 980 Euro netto/ 11.757
netto pro Jahr
Armut nur bei Erwerbslosen ?

3.) Armut ist heute ein notwendiges Element in der Arbeitswelt.

Niedriglöhne:2010 verdienen 23 % der Beschäftigten unter 9.15 Euro brutto
(weniger als zwei Drittel des bundesweiten Medianlohnes)
Löhne unter gefordertem Mindestlohn von 8.50 Euro brutto für 2010 (IAQ): 6,8 Mill.,
davon, 2,6 Mill. Vollzeit- und 1,7 Mill. sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte
Armut durch Teilflexibilisierung

4.) Der Kampf um den Mindestlohn beweist die Notwendigkeit von Armutslöhnen für den bisher gefeierten wirtschaftlichen Erfolg

Warum 8.50 Euro ? (eigene Berechnungsgrundlage: Regelsatz 415.-,
Warmmiete 320.-Freibeträge 280 = 1015 netto = 1440 brutto)
Bedarfsbegründeter Mindestlohn mit Berücksichtigung von Preissteigerungen
oder beliebige Untergrenze ?
Argumente der Mindestlohngegner
Löst der geforderte Mindestlohn das Armutsproblem ?

5.) Der restriktive Regelsatz und seine Beziehung zum Armutslohn.

Der Regelbedarf ohne Freibetrag für Erwerbstätige als abgesenkte
Mindestlohngrenze
Armutslöhne als Argument gegen gebotene Regelsatzerhöhung.
Der aktivierende Sozialstaat hat keine Instrumente zum Schutz vor Armutslohn.

Armut als notwendiger Antrieb ?

1.) Vorüberlegung / Eingangsfragen:

Welches Ausmaß , welche Höhe , welchen Stellenwert hat Armut. ?
Ist sie nützlich ? Für wen ?

Es spricht einiges dafür, dass das Thema Armut bei der letzten Bundestagswahl nicht umwerfend wahlentscheidend war: Weder die Mindestlohnforderungen der SPD, Grünen und Linken noch die Regelsatzerhöhungsforderungen der Linken und der Grünen brachten diesen Parteien den durchschlagenden Erfolg. Armut mag die Menschen erregen und gerade vor Weihnachten Mitleid wecken, aber wahlentscheidend war sie nicht.

Hat Herr Jörges vom Stern recht, wenn er die Sorge oder auch die Warnungen, dass sich in Deutschland immer mehr Armut und Ungerechtigkeit entwickelt als „dramatisch verzerrte Weltsicht“, als „Medienkonstrukt“ bezeichnet? (So im Stern vom 26.9.2013: „Spektakulär zerbrochen ist in dieser psychologischen Landschaft auch das mediale Konstrukt von einem Land, das in Armut und Ungerechtigkeit versinkt. Es gibt kein alarmierenderes Symptom für den Verfall der etablierten Medienmacht als das Scheitern dieser dramatisch verzerrten Weltsicht.“) Die Deutschen sähen ihre eigene Lage so wie die des Landes ganz anders. Vielleicht könnte eine Erklärung auch darin gefunden werden, dass sich Armut zwischen den Berufsgruppen und Regionen so raffiniert aufteilt, wie wir in den vorherigen Vorträgen des Tages gehört haben, und dass sie sich auch zwischen Kernbelegschaften (insidern) und Neueinsteigern (newcomern), aufteilt (und wie eine Teilnehmerin zu Recht ergänzte, auch noch zwischen den Geschlechtern oder genauer zwischen geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bewertungen der Arbeitsleistung bestimmter Berufsgruppen).

Reicht es, das Phänomen immer wieder mit unterschiedlichen Statistiken zu dokumentieren und zu skandalisieren oder muss man sich nicht doch noch genauer mit Vorgaben und Zusammenhängen, Verschleierungstechniken und Ideologien auseinandersetzen, die dahinter stehen? Und auch mit den Protagonisten in der Armutsdiskussion? Muss man nicht ganz viel Vermittlungsarbeit zwischen unterschiedlichen Bereichen und Erfahrungswelten leisten, bevor alle das Phänomen ähnlich wahrnehmen? Nur skandalisieren reicht offenbar nicht.

Und wie weit hilft das gern gebrauchte Zitat von Bertold Brecht:

„Reicher Mann und armer Mann / Standen da und sah'n sich an. / Und der Arme sagte bleich: / Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“ (Bertold Brecht, Gedichte [1933-1938]; in: Gesammelte Werke, Band 9, Suhrkamp 1967, hier S. 513)

Hier wird ein Zusammenhang aufgezeigt, der nicht von der Hand zu weisen ist. (wir erinnern uns dunkel an die Marxschen Ausführungen zur Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, die alleine in der Lage ist Mehrwert zu schaffen, der ihr aber nicht zugute kommt, sondern privat angeeignet wird.)

Müssten wir heute also mehr über den Reichtum sprechen und wie man ihn brechen kann? Das tun wir aber nicht, obwohl es auch berechtigt und wichtig ist. Zu leicht führt diese Betrachtung aber, wenn sie isoliert bleibt, zu einer „Robin Hood –Strategie“: wir nehmen den Reichen den Reichtum weg, dann sind die andern nicht mehr arm. Leider ist das a) nicht ganz einfach und b) auch nicht zwingend. Weil das bloße Wegnehmen auch dazu führen kann, dass andere sich den Reichtum aneignen, was auch nicht besser ist, oder dass die ganze Volkswirtschaft arm zurückbleibt, weil man sich nicht vorher über alternative Wirtschaftsprinzipien verständigt hat.

Außerdem, für den Fall, dass man nicht gleich zur Komplettumwälzung kapitalistischen Wirtschaftens kommt, was in Deutschland gegenwärtig unwahrscheinlich ist, mit welchen Teilschritten müssen / können die Reichtümer den Reichen trotzdem abgetrotzt werden und mit welchen möglichen Mechanismen erreicht man, dass die Güter dann für alle zufriedenstellender sowohl erwirtschaftet als auch verteilt werden können. Berthold Brecht hat übrigens auch der „Gute Mensch von Sezuan“ geschrieben an dessen Ende mancher, vor allem der, der auf voraussetzungsloses Einkommen setzt, ratlos bleiben dürfte.

Ich will mich dem Phänomen widmen, das Armut nicht nur als nützlich, sondern bisher als **notwendig bei unserer Art zu wirtschaften und wirtschaftliche Erfolge auszuweisen** darstellt. Und deshalb will/kann ich mich bei der Armut nicht nur auf die Armut der Erwerbslosen konzentrieren (was ich ursprünglich geplant hatte), weil selbst die funktionalisiert werden kann und weil die Armut der Erwerbslosen letztlich bezogen ist auf eine anderen Form der Armut: die Armut der Arbeitenden. Dabei beschränke ich mich auf die Einkommensarmut. Mit der Vermögensarmut muss man sich anders auseinandersetzen.

2.) Der Kampf um die Deutung der Armutsquote

Im Politikerduell vor der Wahl hörten wir ausdrücklich nichts zur Armut- sondern nur zur wirtschaftlichen Stabilität. „Uns geht’s gut, das Land ist wirtschaftlich erfolgreich und die Leute sind zufrieden.“ usw.

Allerdings haben sie durchaus eine **implizite Armutsdebatte** geführt, die dazu im krassen Widerspruch steht, nämlich **die Mindestlohn**debatte. Wozu brauchen wir den Mindestlohn, wenn doch alles so gut läuft, die Wettbewerbsfähigkeit hergestellt ist und der Markt für ausreichende Stabilität sorgt ?

Wir werden in dem Zusammenhang mit vielen, zu vielen Zahlen bombardiert.

Erstaunt war auch der Redakteur meiner Lokalzeitung als im Oktober die Meldung kam dass 16,1 % der Bevölkerung 2011 arm/ armutsgefährdet gewesen seien und das nach europäisch einheitlichen Kriterien

(das waren nach dieser Erhebung Einkommen unter 980 Euro netto /11.757 netto pro Jahr; bei 4 Personen unter 2.058 Euro netto /24.690 Euro netto pro Jahr.[Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 25.10.2013-361/13 auf der Grundlage der europaweit einheitlichen Datengrundlage von EU-SILC]),

während das 2000 nur 12,2 % gewesen sein sollen. Da wunderte er sich. „**Trotz Boom** mehr Arme“ Aber vielleicht zieht er aus der Nachricht einfach den falschen Schluss und die richtige Deutung müsste heißen: „**Wegen Boom** mehr Arme“

Dazu gibt es einige Begleitinformationen, die beruhigen sollen:

Die Armutsschwelle sei allerdings mit den mittleren Einkommen in den vergangenen Jahren, zu denen sie in Relation stehe, gestiegen . Das ist beruhigend, weil sich an der absoluten Höhe der Armutsschwelle offenbar etwas leicht verbessert hat. Also verbessert sich das Niveau der Armut mit steigendem Reichtum. Sie ist jedenfalls nicht so stark gesunken wie in Griechenland; zwischen 2010 und 2012 von 7178 auf 5708 Euro pro Jahr, oder in Portugal von 5207 auf 4994 Euro pro Jahr. So kann es nämlich auch gehen mit der Armutsrisikoquote .

Die Bundesregierung bevorzugt (im 4. Armutsbericht . Ich zitiere hier aus der „Kurzfassung: Chancen schaffen, Soziale Mobilität ermöglichen“ März 2013, wo sie nur die Informationen zusammenfasst, die sie für die wichtigsten hält) im übrigen eine andere Berechnung aus Deutschland (des DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin), das die Armutsrisikoquote etwas günstiger bei nur etwa 14 % ausweist. Und sie betont bei der Darstellung der Armutsrisikoquote , dass diese „keine Information über den Grad individueller Bedürftigkeit d.h. die Versorgung mit dem soziokulturellen Existenzminimum“ gäbe.(a.a.O. S.IX der deutschen Fassung) Also alles doch nicht so schlimm. Eine Armut, von der man noch an der Untergrenze menschenwürdig leben kann, ist beruhigender als eine mit der man nur noch elend existieren kann. Damit hat sie sogar ein bisschen recht, wenn in einem Haushalt noch weitere Einkommen sind, aber ein Alleinstehender ohne weiteres Einkommen liegt damit knapp an der Grenze der gegenwärtig notwendigen soziokulturellen Mindestausstattung von Vollzeitarbeitenden. (s. unten 4.)

Und mehr als 2/3 der Menschen seien nur deshalb gefährdet, weil sie in Haushalten mit „überwiegend“ Arbeitslosen leben (eine spitzfindige Begrifflichkeit, die übrigens auf Selbsteinschätzung beruhen soll).

Schon haben wir die Grundlage für eine **gezielte Umdefinition des Problems: Armut nur als Phänomen in Verbindung mit Arbeitslosigkeit** wahrzunehmen. Das lenkt hervorragend von der Armut mit/in Arbeit ab.

Was ist daran so gefährlich und desorientierend? Wenn Armut hauptsächlich ein Problem der Erwerbslosen ist, dann scheint die beste Gegenstrategie darin zu liegen, sie in Arbeit zu bringen. Welche Arbeit mit welchen Löhnen ist dann kein Thema und schon scheint Armut erfolgreich bekämpft. Übereinstimmend bewerten sowohl Sozialdemokraten, wie der ehemalige Kanzler Schröder und sein Gefolge, als auch die schwarz-gelbe Regierung, Kanzlerin und Kanzlerkandidat, den Erfolg der Hartz Reform damit, dass wir weniger Arbeitslose und mehr Beschäftigte haben, was sie mit den von ihnen vorgelegten Statistiken auch belegen können. Ob wir damit auch mehr oder weniger Arme haben, interessiert nach dieser Definitionsverschiebung nicht mehr und kam deshalb im Wahlkampf nicht vor. In der Zusammenfassung des umstrittenen 4. Armuts- und Reichtumsberichts wird deshalb besonderer Wert auf die sinkende Arbeitslosenquote, sogar die sinkende Unterbeschäftigungsquote und die sinkende SGB II Hilfe- Quote gelegt (a.a.O S. V-VII), alles Zahlen, die man durch statistische Tricks , Umstellung der Erhebungsmethode, abschreckendes Behördenhandeln, mangelnde Beratung beeinflussen kann; Zahlen die u.a. auch von demographischen Entwicklungen abhängig sind, denen aber eines gemeinsam ist: sie geben keinerlei Auskunft über eine weiter bestehende Armut in den Haushalten und die Versorgung mit dem soziokulturellen Existenzminimum.

3.) Armut ist heute ein notwendiges Element in der Arbeitswelt.

Man kann sich der Armut auch über die Lohnstatistik nähern:

Gemessen werden **Niedriglöhne**, das sind solche , die 1/3 unter dem bundesweiten Medianlohn liegen , also in der Relation zu anderen Löhnen betrachtet werden (Armutslöhne). Nach dem 4. Armutsbericht der Bundesregierung verdienten 2010 ca. 23 % unter 9.15 Euro (weniger als zwei Drittel des bundesweiten Medianlohnes, a.a.O. XI). Nach den Bezugsstatistiken des IAQ waren es 2000 - 2002 nur ca. 21 %. Und in den neunziger Jahren lag die Quote dieser Niedrigverdiener noch bei 17 % , was aber schon nicht mehr gezeigt wird.

Außer zu den Niedriglöhnen werden Daten zu den geforderten, als existenzsichernd geltenden **Mindestlöhnen bis 8.50 Euro** erhoben.

Nach einer Meldung des statistischen Bundesamtes verdienten 2010 11 % der abhängig Beschäftigten (ohne Selbstständigen) nicht den geforderten Mindestlohn von 8.50 Euro pro Stunde.(Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 28.7.2012) Darunter sind 46% Minijobber, aber über die Hälfte waren sozialversichert beschäftigt: 21 % waren Teilzeitbeschäftigte und 33% waren Vollzeitbeschäftigte. Das Bundesamt hat allerdings nur Daten von Betrieben über 10 Mitarbeitern berücksichtigt, was ich in diesem Zusammenhang schon für einen Kunstfehler halte, denn gerade Kleinbetriebe sind bekannt für Niedriglöhne. Das IAQ (Institut für Arbeit und Qualifikation, Report 2012 01) kommt auch für 2010 zu einem höheren Anteil: 6,8 Millionen verdienten nach seinen Erhebungen unter 8.50 Euro . Auch diese Zahl ist aber nicht mit der Zahl der armen Arbeitnehmer gleichzusetzen, denn sie zählen Schüler , Studierende, Rentner und weitere Minijobber mit, die zwar arm sein können,

wenn sie oder ihr Haushalt nicht über weitere Mittel verfügen oder sie sowieso wegen ergänzendem Alg II –Bezug bei den armen Arbeitslosen mitgezählt werden, aber nicht zwingend arm sein müssen. Die Zahlen eignen sich wohl zum Skandalisieren, ich würde aber davon abraten, einfach alle Minijobber (übrigen auch einen Teil der Midijobber) mit zu zählen, schon weil sie brutto gleich netto bezahlt werden und 8 50 Euro brutto ca. 6.70 Euro netto entsprechen.

(Damit ist nichts zur Notwendigkeit der Neuregelung der Minijobs gesagt, sondern nur zur Bewertung allein ihrer Lohnhöhe als Armutsindikator) .

Aber in der Zahl sind auch 2,6 Mill. Vollzeitbeschäftigte und 1,7 Mill. sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte erfasst, bei denen der Lohn häufiger , aber eben auch nicht immer ein Armutsindikator sein kann. Nichts Genaues wissen wir im Moment noch wegen der segmentierten Statistik darüber, wie viele Arme sich unter den Selbstständigen befinden, besonders unter den 2,5 Millionen Solo- Selbstständigen (2011) die keine weiteren Angestellten haben. Oder gar unter den Werkvertragsnehmern. Da ahnen wir aber , dass auch viel schief läuft, (bzw. es gibt zwischenzeitlich, nach Abschluss dieses Manuskripts, auch dazu Daten)

Diese Ausweitung von Niedriglöhnen war politisch ausdrücklich gewollt, wie Gerhard Schröder beim Weltwirtschaftsforum 2005 betonte: “Wir müssen unseren Arbeitsmarkt liberalisieren, wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“ Dahinter stand der Wunsch, Deutschland müsse „wettbewerbsfähiger“ werden. Ich weiß nicht genau, ob er da nicht schon etwas verwechselt hat. Vielleicht meinte er mit „wettbewerbsfähiger“ niedrigere Lohnstückkosten vor allem in der Exportwirtschaft. Das ist aber nicht identisch mit nicht existenzsichernden Niedriglöhnen, die gerade in der Exportwirtschaft eher selten gezahlt werden. Gleichzeitig bescheinigt das Weltwirtschaftsforum den Deutschen aber hartnäckig noch bis heute (2013), ihr Arbeitsmarkt sei **zu stark reguliert. Beim Teilindex „Flexibilität am Arbeitsmarkt“** schneiden wir nach wie vor ganz schlecht ab, weit hinter Drittweltländern und Diktaturen auf Platz 113 von 148. Denn nach den verwendeten Indikatoren der Weltbank schlagen Kündigungsfristen, Abfindungsansprüche, Höchstarbeitszeitregelungen , Flächentarifverträge ganz negativ zu Buche. Die mangelnde Flexibilität in der Lohnfestsetzung und die hohen Kosten von Entlassungen werden kritisiert. Der hohe Anteil des von Schröder erkämpften Niedriglohnsektors wird nicht einmal gewürdigt, offenbar , weil er als selbstverständlich gilt. Noch weiter werden wir in diesem Ranking nach unten sacken, wenn wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8.50 Euro einführen.

Geht hier Deutschland doch einen eigenen Weg ? Nein, es geht nur einen etwas modifizierten Weg. Und diesen Weg bezeichne ich als **Teilflexibilisierung**

Teilflexibilisierung heißt für mich eine **Spaltung zwischen Kernbeschäftigten und Neueinsteigern** und die ist auch gut gelungen: Es bestehen noch immer viele reguläre, geschützte, gut bezahlte Arbeitsverhältnisse, aber es ist nicht etwa so, dass jeder noch die Möglichkeit hat, diese Positionen zu bekommen, sondern die (meist) älteren Arbeitsplatzbesitzer (insider) sind verhältnismäßig komfortabel abgesichert worden. Das gilt nicht nur für die Kernbelegschaften in der Privatwirtschaft, die notfalls durch ein dem Lohn entsprechend komfortables Kurzarbeitergeld unterstützt wurden (das auch Branchen und Arbeitnehmer finanzieren müssen, die davon niemals profitieren können) oder wo die Lohnsenkung auf die ausgelagerten Dienstleistungen oder die neu deregulierte Leiharbeit oder Werkverträge konzentriert wurde. **Peter Hartz war da ja ein geachteter Vordenker mit seiner atmenden Fabrik** , in der sich höchst privilegierte Kernbelegschaft, ehemalige

Arbeitslose in einem öffentlich geförderten Sonderprojekt für Angelehrte (5000 x 5000), hauseigene Leiharbeiter und geknebelte Zulieferer mit abgestuft schlechter werdenden Arbeitsbedingungen zusammenfinden mussten- alles unter den Augen der IG Metall. Dieses Phänomen gilt auch für den öffentlichen Dienst. Ein Beispiel ist die Ablösung des BAT durch den rundum schlechteren TVöD oder selbst bei Professoren die Ablösung der C-Besoldung durch die deutlich (inzwischen für verfassungswidrig erklärte und teilweise wieder aufgestockte) niedrigere W-Besoldung. Das betrifft zwar nicht nur Niedriglöhne, aber überall ist es mit dem gleichen und aktiv von Gewerkschaften mitgestalteten Phänomen verbunden: Sorgfältig **geschützt blieb bei allen diesen Vorgängen der Kern der Alt-Beschäftigten**- hart trifft es nur die Neueingestellten. Da steht in der Schule der beamtete, abgesicherte Lehrer neben dem jungen, wiederholt befristet angestellten Lehrer, der nicht nur viel weniger verdient, sondern jedes Jahr während der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen wird- und das sogar im wohlhabenden grün/rot regierten Baden- Württemberg. Auch die gegenwärtige Rentnergeneration mit vielen Möglichkeiten der Altersteilzeit, Frühverrentung , im Osten mit langen anerkannten Berufszeiten aus der DDR etc. steht im Vergleich zur zukünftigen Rentnergeneration, bei der das neue Zugangsalter, längere Zeiten der Arbeitslosigkeit und alle Rentensenkungsfaktoren richtig wirksam werden, immer noch gut da.

Dagegen werden die Jungen (newcomer) und die Arbeitslosen (outsider) in unsichere und unattraktive, prekäre Verhältnisse gedrängt. Bei den Arbeitslosen geschieht das durch Entrechtung und geradezu Erpressung bzw. Sanktionsdrohung, Arbeit aller Art anzunehmen (ein Problem der Zumutbarkeit, vor allem im SGB II) und die sog. psychologische Aktivierung durch Angst und Unsicherheit und schikanöse Verwaltung. Es gibt hier keine selbstbestimmten Übergangsprozesse in neue Arbeitsverhältnisse.

Vor allem auf die jungen Menschen zielt das Schlechtreden der Regulierung durch Arbeitsrecht und des Wunsches nach Arbeitsplatzsicherheit und verlässlicher Rente. Noch bestehende Gestaltungsmacht von Arbeitnehmern wird abgewertet als unflexibel und verkrustet. Gewerkschaftliche Organisation gilt als uncool. Sie werden ohne entsprechende Vorbildung in Selbstständigkeit gedrängt in Bereichen, in denen gegenwärtig keine vernünftigen Honorare zu erzielen sind.

Nur in bestimmten Sektoren eingesetzt werden auch die Befristungen, die ebenfalls signifikant mit Niedriglöhnen verbunden sind: Neben der Leiharbeit liegt hier der Schwerpunkt beim öffentlichen Dienst und den Wohlfahrtsverbänden und sozialen- und Bildungsträgern, um bei niedrigeren Finanzmitteln für öffentliche und soziale Aufgaben ebenfalls die angestammte Stammebelegschaft zu schützen.(dazu Spindler H.: -Schlecht bezahlt und befristet- arbeitsrechtliche Deregulierung im staatlich finanzierten pädagogischen und sozialen Arbeitsmarkt. in Kessl u.a.: Prekarisierung der Pädagogik-Pädagogische Prekarisierung, Beltz Juventa 2014, S. 141-154)

Auch dieses Phänomen der Spaltung erklärt für mich , warum das Mindestlohnthema und die Armutsgefährdung nicht die politische Wirkung entfaltet haben, die ihnen zugeordnet war. Flexibilisierung ist ein verniedlichender Begriff für diese gewaltsam durchgesetzte Strategie zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, aber eben vor allem für einen bestimmten kontinuierlich nachwachsenden Teil, der nur in den neuen Bundesländern wegen deren besonderer Bedingungen (sie waren sozusagen alle newcomer) schon einen größeren Umfang eingenommen hat.

Statistisch (vor allem im statistischen Durchschnitt) geht die so geschaffene Armut in einer Gesellschaft, in der beide Gruppen noch nebeneinander existieren, immer unter und kann nicht genau und gezielt genug vermessen werden, was dazu führt, dass sie in der

öffentlichen Diskussion und vor allem der Wahrnehmung der Mehrheit nicht den Stellenwert bekommt, den sie benötigt. Gleichzeitig ist die Armut der Einsteiger nützlich, um das Wohlwollen aber auch das Wohlverhalten der Bestandskräfte zu erhalten und notwendig, um sie auslaufend noch zu besseren Bedingungen versorgen zu können.

Deshalb aus aktuellem Anlass der nächste Punkt.

4.) Der Kampf um den Mindestlohn beweist die Notwendigkeit von Armutslöhnen für den bisher gefeierten wirtschaftlichen Erfolg

Um den Mindestlohn müsste nicht so stark gestritten werden, wenn von den **Befürwortern** nicht implizit anerkannt würde, dass die unter 8.50 Euro liegenden Löhne tatsächlich zu Armut führen: aktuell in der Arbeitsphase und später bei Lohnersatzleistungen wie Rente. Aber diese Voraussetzung anzusprechen wird sorgfältig vermieden.

Zunächst die Frage, **warum 8.50 Euro** und nicht mehr und nicht weniger ?

Dazu hört man außer von der Linken recht wenig. Deshalb zunächst: Warum bin ich für 8.50 Euro ?

Weil das zu einem Monatslohn von 1440. brutto führen würde und ich schon vor einigen Jahren für einen angenommenen Regelsatz von 415 Euro und eine Durchschnittsmiete von 320 Euro einen Monatslohn in dieser Höhe errechnet habe (je nach angenommener Arbeitszeit und Berücksichtigung eines regional angepassten Wohngeldes könnte er bei 8.30 beginnen. [Alles bei Spindler H. Niveau sozialrechtlicher Existenzsicherung und Mindestlohn in Deutschland WSI Mitteilungen 6/2007 S.328-334]). Diesen Lohn bräuchte man, um nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung das Existenzminimum eines Arbeitenden nach dem geltende SGB II -System zuzüglich eines Freibetrags von damals 280 Euro sicherzustellen. Mehr ist das nicht. Ich kann den Wert aber gerade noch verwenden, weil ich damals 2007, die Berechnung für einen alternativen Regelsatz von 415 Euro durchgeführt habe, den der Paritätische durchgerechnet hatte und der heute mit tatsächlich 382 Euro Regelsatz immer noch nicht erreicht ist. Das kompensiert auch den wohl schon etwas zu niedrigen Unterkunftswert und den um 20 Euro gestiegenen Freibetrag.

Es ist also ein inzwischen schon sehr knapper Wert zum Einstieg, das wird auch vom DGB nicht geleugnet. Diese Bestimmung hat eine deutliche Schwäche, denn sie ist von der Struktur des notwendigen Lebensunterhalts und damit auch den Defiziten bei der bisherigen Ermittlung des Existenzminimums für den Regelsatz abhängig. Aber diese Schwäche wird bei mir auch erkennbar und das ist eine Stärke, gegenüber der überhaupt nicht bedarfsbegründeten Forderung nach 8.50 Euro. Sie orientiert sich wenigstens grob an den Bedarfen, die man für eine einfache Lebenshaltung eines Vollzeitarbeiters in Deutschland benötigt.

Schlecht ist nur, dass die politischen Akteure, die 8.50 Euro fordern, dies meist nicht mit den Bedarfen eines Arbeitenden begründen, die im SGB II aus drei Bestandteilen bestehen: Regelsatz, Unterkunftskosten und Freibetrag. Die Höhe scheint deswegen beliebig und politisch verhandelbar, auch ohne es genauer begründen zu müssen.

(Ich gestehe, dass ich trotz meiner Mindestbedarfsorientierung angesichts der chaotischen Entwicklung in den neuen Bundesländern unsicher bin. Da liegen ja nicht nur die unteren Stundenlöhne im Durchschnitt 2 Euro niedriger. Warum kommen da so viele mit so deutlich weniger Einkommen aus ? Liegt es doch noch an niedrigeren Lebenshaltungskosten und Mieten, an einer eingeschränkteren Lebensführung ? Da kann ich einige Bedenken nachvollziehen, die zu Beginn einen regional differenzierten Mindestlohn fordern). Außerdem müssten die Minijoblöhne vor der Einbeziehung in den Mindestlohn voll sozialversicherungspflichtig werden oder zunächst anders behandelt werden. Von meiner

Kalkulation abweichen würde ich auch bei klar definierten Ausbildungs- und Anlernzeiten- nicht aber für die üblichen Einarbeitungszeiten auch bei jungen Arbeitnehmern.

Wenn man wirklich Armut mit Löhnen bekämpfen will, muss man bei der Festsetzung darauf achten, dass die **Bedarfe eines Arbeitenden, die Lebenshaltungskosten von Arbeitenden ermittelt und die Preissteigerung berücksichtigt wird**. Das gilt für alle, die das festsetzen sollen, wen auch immer man da in eine Kommission setzt: Tarifparteien, Wissenschaftler, Verbandsvertreter, Politiker. Es hilft jedenfalls überhaupt nichts, von „unabhängigen Experten“ oder „den Tarifparteien“ zu schwärmen, ohne deutlich zu machen, nach welchen Kriterien sie arbeiten sollen.

Diese Löhne müssen, wenn der Wohlstand, der wirtschaftliche Erfolg wirklich messbar bei der Bevölkerung ankommen soll, nach der Festsetzung mindestens **mit der Preisentwicklung steigen**. Thorsten Schulten (Lohnuntergrenze braucht Inflationsschutz Böcklerimpuls 17/2013) hat darf hingewiesen, dass dieses Prinzip mehr oder weniger für die Entwicklung der Mindestlöhne in Belgien Niederlande, Luxemburg und Frankreich gilt, Länder , die für manche von uns Vorbilder sind. Das wird aber in Deutschland verschwiegen, im Gegenteil gerade Frankreich wird wegen seines Mindestlohns scharf angegriffen und auch Belgien wird, wie im Vortrag „Europa 2020“ berichtet, gedrängt, von den indexierten Löhnen Abstand zu nehmen. Christian Thiemann von der EZB sieht gerade ein dieser Lohnanpassungsmechanik die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Noch schlimmer: Die Absenkung der Mindestlöhne ganz ohne jede Bedarfsprüfung und ohne staatlich geschütztes Existenzminimum in Griechenland und vorher schon in Irland wird in Europa sogar aktiv und von Deutschland gestützt vorangetrieben. Das zeigt wohin es trotz Mindestlohn in Europa gehen kann.

Man erkennt deutlich, die einen wollen mit einer bedarfsangepassten Mindestlohnpolitik Armutsuntergrenzen ziehen, **die andern wollen keinen Zusammenhang mit Armutsabbau oder Armuts Grenze herstellen**. Vielleicht noch eine mehr oder weniger beliebige nominale Untergrenze , aber nicht um Armut zu verhindern.

Am deutlichsten machen die **Gegner des Mindestlohns** von 8.50 Euro die **Notwendigkeit von nicht existenzsichernden Niedriglöhnen klar**:

Zunächst ein vorsichtiger Befürworter: Adecco Chef Dinges spricht für die Zeitarbeit, die diesen Mindestlohn gerade für Westdeutschland vereinbart hat von einem „Ankommen an der Belastungsgrenze“. Das heißt im Umkehrschluss: die niedrigeren Einkommen vorher waren ihm deutlich lieber und belasteten sein Geschäftsmodell nicht. Andere drohen, dass die Leidtragenden bei dieser Lohnerhöhung die Geringverdiener, die Jungen und die Arbeitslosen seien, für die mancher Unternehmer nicht mehr bereit sei, diesen bescheidenen Lohn zu zahlen. Auch das heißt implizit , dass der bisherige Beschäftigungssektor sich nur deshalb so „erfolgreich“ entwickelt hat, weil er unter der Grenze einer einfachen Lebenshaltung geblieben ist, dass diese **Armutslöhne** für den gelobten wirtschaftlichen Erfolg **notwendige Grundlage** waren. Herr Sinn vom Ifo- Institut geht weiter und befürchtet gar millionenfachen Jobverlust, hält Löhne unter 8.50 Euro also für noch notwendiger. Das Finanzministerium hat gerade einen Verlust von 1,8 Mill. Arbeitsplätzen in den Raum geworfen. Das DIW hält sie besonders in Kleinbetrieben für notwendig , als ob deren Mitarbeiter nicht gleiche Existenzbedürfnisse hätten. Es will deshalb deutlich niedriger einsteigen. Vier Wirtschaftsweisen und das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) sind sowieso gegen diesen Mindestlohn

Bombardiert werden wir in letzter Zeit mit Untersuchungen aller Art, mit Zahlen wie dem sog. Kaitz Index . Dessen Vertreter (IW) behaupten, dass der angestrebte Mindestlohn zwar nominal auf den ersten Blick nicht zu hoch erscheine, aber im Verhältnis zu

Durchschnittslöhnen und teilweise (im Osten) Medianlöhnen viel zu hoch und damit schädlich sei. Ihre Berechnungsgrundlagen scheinen allerdings nicht ermittelbar zu sein.

Der immergleiche Widerspruch liegt darin: es wird Wettbewerbsfähigkeit und damit wirtschaftliche Prosperität versprochen, aber mit Zähnen und Klauen dagegen gekämpft, dass der Wohlstand messbar und verlässlich bei der arbeitenden Bevölkerung ankommt. Wenn dem so sei, dann gehe es der Wirtschaft schlecht und die Arbeitslosigkeit steige durch Mindestlohn und Regelsatzerhöhungen.

Armutslöhne haben in den Augen dieser Ökonomen im Wettbewerbsgeschehen wichtige Funktion, ohne dass offen gelegt wird, zu welchen Löhnen, zu welchen Wettbewerbern und bezüglich welcher Produkte eigentlich konkret in Wettbewerb getreten werden soll. Zu Bangladesch, Indien, China ? Nicht ganz so dunkel bleibt es in Europa. Da werden zügig Länder mit extrem armer Bevölkerung, Bulgarien, Rumänien baltische Länder u.a. aufgenommen, kein Mindestsicherungssystem dort aufgebaut und sehr bewusst über Vergaberegeln der Wettbewerb mit diesen Anbietern vorangetrieben. Da wo es ganz skandalös wird, werden in einem Riesenprogramm Essensspenden für die ganz, ganz Armen organisiert, die im Prinzip die gleiche Funktion haben, wie die Tafeln bei uns. 2011 ist ein ambitionierter europäischer Hilfsfond für die „am stärksten von Armut betroffenen Menschen“ in Europa mit 3,5 Milliarden Euro ausgestattet worden. Worum gehts dabei ? Hauptsächlich um die Verteilung der Nahrungsmittelüberschüsse und vergleichbare materielle Grundversorgung.

Viele in Deutschland haben sich zunächst noch gegen die Übernahme gewehrt, weil wir eines der wenigen Länder sind, die ein Grundsicherungssystem haben, das die Versorgung mit Nahrungsmitteln durch weniger entwürdigende Geldleistungen gewährleisten soll. Aber da brechen jetzt die Dämme, schließlich kann man das Geld vor allem in den Städten mit vielen EU -Armutszuwanderern gut gebrauchen. Tafel speisungen europaweit - Foodstamps für die Ärmsten - ,das ist der letzte Schrei der Armutspolitik in Europa, was die Niedriglohnpolitik nicht behindert und deshalb auch noch vom letzten Neoliberalen akzeptiert werden kann.

In Deutschland arbeiten zudem die Gegner eines Mindestlohns häufig mit einer **Mystifizierung des Arbeitsmarktes**. Die bisherigen Armutslöhne würden nur gezahlt, weil diese Arbeitnehmer „niedrigproduktiv“ seien. Sie bewiesen diese fehlende Produktivität, weil doch der Markt dafür Sorge, dass jeder das verdiene, was seiner Produktivität entspreche. Warum jeder, der einen Armutslohn verdient, niedrigproduktiv sein soll, wird aber nirgendwo begründet.

Dass in manchen Branchen höhere Lohnniveaus herrschen als in andern, mag sich in höheren Löhnen auswirken, sagt aber nichts über Produktivität von einzelnen Mitarbeitern aus. Deutlich wird das z.B. im Vergleich von Leiharbeitern mit Stammkräften, die das gleiche leisten. Und es erklärt überhaupt nicht, **warum ausgerechnet in staatlich finanzierten oder geförderten Bereichen Armutslöhne auftauchen**, bei den Mitarbeitern in Weiterbildung, in Volkshochschulen und in Migrationskursen, in Ordnungsdiensten, Pflegediensten und der Behindertenbetreuung, warum dem Arbeitsgericht Cottbus gerade das Amt Plessa aufgefallen ist, das Pflege- und Erhaltungsarbeiten für 1.92 Euro durchführen ließ.

Es wird nicht zu verhindern sein, dass einige ihr Geschäftsmodell, das nur auf Armutslöhnen basiert, aufgeben müssen- d.h. die angedrohte Erhöhung von Arbeitslosenzahlen kann auftreten.. Auch Herr Weise wird das Geschäftsmodell der Bundesagentur, Arbeitslose bevorzugt an Billigfirmen abzuschieben, verändern müssen. Das muss als Indikator für ein falsches Geschäftsmodell ausgehalten werden und anders abgebaut werden, als bisher. Im übrigen sprechen einige Untersuchungen dafür, dass sich auch schwarze Schafe recht schnell an die Vorgaben anpassen, weil sie immer noch genug Erträge haben.

Ist das Armutsproblem mit der Mindestlohnkampagne erledigt ?

Das DIW argumentiert ganz geschickt: von dieser Erhöhung durch Mindestlohn würde bei den Arbeitnehmern nicht besonders viel ankommen, weil die ergänzenden Alg II - Leistungen abnehmen würden und Steuern und Versicherungsbeiträge, aber auch Preise steigen würden. Dass diese Steigerung auch zum gesellschaftlichen Reichtum beitragen würde, dass sich bei Aufstockern die Freibeträge erhöhen, dass sich die Lebensqualität erhöht, wenn man nicht mehr so viele Stunden dazuverdienen muss, alles das ist kein Thema. Wenn sich die Armut noch nicht all zu stark vermindert, dann liegt das nur **an den noch geringen Mindestlöhnen und insgesamt an dem zu geringen Arbeitsvolumen**, das in Deutschland finanziert wird. Deshalb wird mit einer ersten Anhebung dieser Löhne die Anteil der Armen in Deutschland noch nicht stark gesenkt werden.

Natürlich müssen mit den Einsparungen bei den öffentlichen Ergänzungsleistungen und mit den höheren Steuereinnahmen zusätzliche, ebenfalls ausreichend bezahlte Stellen geschaffen werden, das Arbeitsvolumen merkbar erhöht werden, dann erst käme es zu den Effekten. Das bedeutet aber nicht, dass die Mindestlöhne nicht rasch eingeführt werden müssen. **Armut mit Arbeit als notwendige Bedingung unseres Jobwunders - das muss weg.**

Ansonsten **geht es nicht nur um den Mindestlohn**, es geht um leistungsgerechte Löhne und menschenwürdige, Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit nicht ruinieren. Zusätzlich geht es um eine neue Bewertung von Arbeit. Die Mindestlöhne haben auch die Funktion eine zu niedrige Lohnstruktur oberhalb zu verändern. Die Bewertung von Arbeit ist ja vor allem im Dienstleistungsbereich noch schwach ausgebildet und wird eigentlich bisher nur im Frauenarbeitsbereich thematisiert, in dem man sich über Belastungsfaktoren und Qualitätsmerkmale von Arbeit auseinandersetzt und zu neuen Bewertungen kommt. Sektoral müssen nicht nur Arbeiten, die körperlich belastend sind (z.B. die Schlachthofarbeiter, die Spargelstecher, die Gebäudereiniger) besser bewertet werden, auch Arbeiten, die hohe Ansprüche an die nervliche Belastung, soziale Kompetenzen , Koordinierung .u.a. stellen, sind zu niedrig bewertet. (Beispiel aus Pflege , Erziehung, Organisation.)

Noch ein Letztes:

Auch die **Illusion von Integration und Teilhabeförderung**, Hilfen zur Arbeit und Beschäftigungsförderung braucht Armutslöhne . Speziell für Langzeitarbeitslose wurden Ein Euro Jobs, Bürgerarbeit, und viele Modellprojekte geschaffen, wird ein sog. sozialer Arbeitsmarkt geplant, wobei eines gemeinsam ist, es werden unter dem Deckmantel von Hilfe und Integration zu niedrige und nicht leistungsgerechte Löhne gezahlt., Das war schon in der Endphase von AB -Maßnahmen so und wird heute weitergeführt, inzwischen ebenfalls verbunden mit der pauschalen Behauptung diese Menschen seien behindertenähnlich leistungsgemindert, und unproduktiv, wofür dann Alter, Familienpflichten und Dauer der Arbeitslosigkeit als Kriterien herhalten müssen.

5.) Der restriktive Regelsatz und seine Beziehung zum Armutslohn.

Der Regelbedarf ohne Freibetrag für Erwerbstätige als abgesenkte Mindestlohngrenze.

In der Entwicklung von Deutschland als „zu spät gekommenem Mindestlohnland“ hat der Kampf um die Regelsätze in Grundsicherung und Sozialhilfe einen besonders wichtigen Stellenwert, um die Leerstelle auszufüllen, die die fehlende Lohnuntergrenze hinterlässt. Auch hier erkennt man die beiden Lager: diejenigen , die bedarfsorientiert argumentieren, ein menschenwürdiges einfaches aber auch sozial integriertes Leben ermöglichen wollen und Regelsätze für Alleinstehende zwischen 440 und 500 Euro fordern.

Auf der andern Seite, die ökonomisch und „aktivierend“ ausgerichtete Fraktion, die durchaus eine Regelsatzermittlung zur Messung elementarer Grundbedürfnisse akzeptieren kann (und nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil auch muss), aber den Regelsatz immer auch als Referenz für ihre Armutslöhne begreift und deshalb auch für Nettolöhne aus der Summe von Regelsatz (382 Euro) und Unterkunftskosten nicht nur öffentliche Workfare- Arbeiten erledigen lassen wollen, sondern dies auch als heimliche Bemessungsgröße für einen Mindestlohn und geförderte Beschäftigung sehen. Das sind dann je nach angenommener, ganz niedriger Miete und klitzekleinem Anreiz- Freibetrag zwischen 700 Euro und 750 Euro netto , was etwa 900 bis 950 Euro brutto für Vollzeitarbeit entsprechen würde. Das führt dazu, dass sie Bruttostundenlöhne deutlich unter oder um 7 Euro brutto als abgesenkte Mindestlöhne akzeptieren können und durchsetzen wollen. Dieser Betrag taucht dann häufig als „Kompromissangebot“ auf, ungeachtet der Tatsache, dass diese Leute, auch wenn sie alleinstehend sind, bisher bis zu 300 Euro ergänzende Hilfen beanspruchen könnten. Diese Grenze ließe sich nach der Meinung eine Reihe von führenden Ökonomen (außer Peter Bofinger) auch ohne ethische Probleme in der Zusammensetzung verändern, indem man soziale/kulturelle Bedürfnisse zunächst aus der Bemessung des Regelsatzes für Erwerbslose herausnimmt ,ihn also um etwa 30 % senkt und ihnen nur knapp 300 Euro belässt.

Dieser Absenkungsbetrag könnten dann ohne zusätzliche Kosten als Freibetrag für Erwerbstätig gnädig wieder aufgestockt werden. Aber den Regelsatz von 382 Euro zusätzlich um maximal 300 bis 330 Euro an Freibeträgen aufzustocken und daran den Mindestlohn zu orientieren, - wie das bisher gemacht wird-, das wollen sie ganz ausdrücklich nicht. Dass ein Erwerbstätiger mehr Bedarfe hat als ein Nichterwerbstätiger erkennen sie nicht an, - allenfalls einen kleinen Anreizbetrag gestehen sie den Niedriglöhnern zu. Der Regelbedarf hat hier allein eine dienende Funktion für die angestrebten Niedriglöhne und muss deshalb notwendig niedrig bleiben oder am besten gesenkt werden, wozu es immer wieder Initiativen gegeben hat. Neben dem Regelsatz sind damit auch die bisherigen Freibeträge in Gefahr.

Armutslöhne als Argument gegen gebotene Regelsatzerhöhung.

Aber auch die sozialdemokratische Aktivierungsfraktion, die die Regelsätze gerade noch akzeptieren kann, wendet sich mit einer aufschlussreichen Begründung gegen substanzielle Anpassung der Regelsätze an berechnete Bedürfnisse (d.h. eine Erhöhung auf 440 Euro aufwärts) oder auch zeitnahe Anerkennung von Unterkunftskosten. Exemplarisch Heinrich Alt aus der BA: Jede Erhöhung der Regelsätze (und leider auch der anerkannten Unterkunftskosten) „hole mehr Menschen in die Grundsicherung und erschwere die Integration in Arbeit.“ Während die eine Fraktion mit der Entlassung der Niedriglöhnern droht, befürchtet die andere, zu viele Arme unterstützen zu müssen und sie schlechter aktivieren zu können, weil man weiß und billigt, wie viel schlecht bezahlte Arbeit es gibt .

Das IAB rechnete 2008 bei einer damals vorgeschlagenen Erhöhung der Regelsätze um ca. 60 Euro mit 10 Milliarden Euro Mehraufwand. Davon war **nur ein Drittel als Verbesserung für die bisherigen Hartz IV Bezieher notwendig** , 2/3 der 10 Milliarden ergaben sich aus Steuermäßigung durch den höheren Freibetrag für das steuerfreie Existenzminimum und aus einer aufstockende Zahlung, die sie für weitere 2 Millionen dann zusätzlich berechtigter bisheriger Niedrigverdiener berechneten. Wer so argumentiert gibt zu, dass er mit mindestens 2 Millionen Menschen rechnet, die im Haushalt trotz Arbeit oder anderer Einkommen nur am Rande des Existenzminimums abgesichert sind und dass er „Integration in Arbeit“ gleichsetzt mit Integration zu Arbeitslöhnen, die deutlich unter 8 Euro pro Stunde liegen; bzw. dass ihm sehr wohl bewusst ist, dass die niedrigen Arbeitslosenzahlen durch eine große Menge arbeitende Arme erkaufte sind. Ähnliche Ansichten finden sich bei allen kommunalen

Spitzenverbänden, die damit argumentieren, dass sie die Hauptlast der Erhöhung durch aufstockende Leistungen tragen müssten und denen damit genauso bewusst ist, wie viele arme Arbeitende in ihren Kommunen leben, die sie nicht unterstützen wollen.

Der aktivierenden Sozialstaat benötigt deshalb möglichst **niedrig gehaltene Regelsätze als Antrieb für Erwerbslose**, die nicht geregelten Niedriglöhne anzunehmen, die dann den Erfolg der Aktivierung belegen sollen. Abwertend werden die Zahlungen zur Existenzsicherung als sog. passive Leistungen bezeichnet. Geprägt ist das von einem Menschenbild, die Erwerbslosen würden durch zu hohe Lohnforderungen, bzw. zu niedrige Konzessionsbereitschaft, was die Arbeit angehe, die Sicherungssysteme für Arbeitslose überfordern (Moral Hazard Verhalten). Sie übersehen dabei, dass sie den Arbeitsmarkt damit sozusagen „unterfordern“.

Verbunden sein muss in diesem Aktivierungssystem die niedrige Versorgung durch Regelbedarf deshalb auch mit einer Entrechtung durch Zwang zur Arbeitsaufnahme, bisher ohne Verhandlungsmöglichkeiten. Die Zumutbarkeit Arbeit aller Art anzunehmen ist deshalb der zweite strategische Punkt in dem System. Bedingungsloses Grundeinkommen scheint diese Bedingung zentral anzugreifen, verliert aber gleichzeitig das Hauptproblem des Systems von Armutslöhnen und der Organisation und Regulierung von Arbeit und Sozialversicherung aus den Augen.

Mit der zu niedrigen Leistungshöhe kombiniert mit der Entrechtung gibt es kein Instrument im aktivierenden Staat, das auch ansatzweise Aufwärtsmobilität ermöglicht. Die erwartet man sozusagen als Wunder, das von selbst entsteht, wenn man die Menschen erst einmal in schlecht bezahlte Arbeit gezwungen hat. Doch dieses Wunder ist nicht eingetreten und wird nicht eintreten.

Die Verflechtung dieser Armutsstrategien macht neben der Zersplitterung der Betroffenenengruppen die Abwehr so schwer.

Richtig und notwendig ist auf alle Fälle die begründete Forderung nach Regelsatzerhöhung und einem menschenwürdigen Existenzminimum. Wünschenswert ist aber auch, diese Forderung mit der Forderung nach existenzsicherndem Mindestlöhnen und bezahlbarer Unterkunft zu verbinden, was wegen der Spaltungstendenzen in der Gesellschaft schon schwieriger ist und auch noch viele gute Ideen zur Vermittlung benötigt.

Deutlich sollte aber auch werden, dass neue Anstrengungen vonnöten sind: Eigentlich müsste man sofort **eine alternative Mindestlohnkommission installieren**, sich in Forschung und Praxis stärker mit den Lebensbedürfnissen der Niedriglöhner befassen, ein Existenzminimum für Arbeitende genauso intensiv diskutieren und offen legen, wie den Regelbedarf für Nichterwerbstätige. Der tendenziösen Gleichsetzung von Armut und Erwerbslosigkeit, die die Armut in Arbeit vernebelt, muss entgegengetreten werden und gleichzeitig müssen echte Gegenstrategien nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa verankert werden.